



**Gemeinderat Graz:
Damit Sie wissen, was im Rathaus vorgeht!**

Gemeinderatssitzung 14. Dezember 2017



GRAZ
www.kpoe-graz.at

KPÖ informiert:

Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs

Parteibuchwirtschaft neu

ÖVP und FPÖ machen Freunderl- und Günstlingswirtschaft salonfähig

Die schwarz-blaue Stadtregierung höhlt die vor rund 20 Jahren beschlossenen Richtlinien, die die Parteibuchwirtschaft zurückdrängen und objektive Kriterien bei der Aufnahme von Beschäftigten bei der Stadt Graz gewährleisten sollten, vollkommen aus.

Unter anderem sollen bei AbteilungsleiterInnen-Bestellungen nicht mehr externe Personalberatungsunternehmen zwingend beigezogen werden. Stattdessen ist eine „Anhörung“ durch die Stadtregierung vorgesehen. Hearings sollen nur mehr vor der Besetzung gehobener Dienstposten stattfinden, bei „akutem Personalbedarf“ dürfen Personalaufnahmen künftig ohne Stellenausschreibung erfolgen. Die Personalvertretung wird nur noch zuhören dürfen, für Jobs in den stadt eigenen Betrieben wird es überhaupt keine Vorgaben mehr geben.



„Es ist offensichtlich: Nagl und Eustacchio wollen „Störfaktoren“ bei Postenvergaben unter der

Hand unbedingt vermeiden“, besteht für KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger** kein Zweifel.

„Was hier passiert, ist der Höhepunkt einer in den letzten Jahren immer ungenierter betriebenen Personalpolitik. Was jahrelang exekutiert wurde, wird jetzt legitimiert!“, sagte Stadträtin **Elke Kahr** in ihrer Wortmeldung. „Eine solche Linie wird man bei der KPÖ nicht vorfinden. Wir haben bei der Besetzung freier Stellen nie parteipolitisch agiert. Als einzige Partei haben wir stets gefordert, dass alle Fraktionen in allen Aufsichtsräten mit Stimm- und Rederecht vertreten sein sollen.“

KOMMENTAR



Auf keinen Menschen vergessen

Weihnachten, das ist die Zeit der festlich geschmückten Straßen und Häuser, die Zeit, wo man sich in der Familie trifft, einander beschenkt, gut isst, gut trinkt. Für jene, die gesund sind, die sich keine Geldsorgen machen müssen und die in Frieden mit ihren Familien feiern dürfen, ist Weihnachten eine wunderschöne Zeit.

Aber es gibt auch Menschen, die krank sind oder in Trauer, Menschen, die sich Sorgen darüber machen müssen, ob sie in der kalten Jahreszeit überhaupt ihre Wohnung warmhalten können und sogar solche, die nicht einmal ein Dach über dem Kopf haben.

Das Gefühl dafür, dass unter uns auch Menschen sind, denen es nicht so gut geht, darf in dieser schrillen und lauten Zeit nicht in den Hintergrund geraten. Niemand von uns ist davor gefeit, selbst eines Tages in eine Notlage zu geraten. Deshalb ist es mir sehr wichtig, Solidarität mit allen Grazerinnen und Grazern zu zeigen und auf diese Leute besonders zu schauen.

Ich verspreche Ihnen: Meinem Credo „Haltung zeigen – Hoffnung geben“ werde ich auch 2018 treu bleiben. Angesichts der politischen Entwicklungen wird es wichtiger sein denn je.

Ich wünsche Ihnen
frohe und gesunde Feiertage und einen
sorgenfreien Start ins Jahr 2018.

STADTRÄTIN ELKE KAHR
Rathaus, 2. Stock, Tür 236, Tel. 0316 / 872-20 60

Elke Kahr. KPÖ

**MIETER
NOTRUF
7171 08**

0316

Auf keinen Menschen vergessen



Erst Öffi-Ausbau, dann Unterführung

Zu den Plänen, den neuen Stadtteil Reininghaus verkehrsmäßig anzubinden, gehört auch eine Straßenverbindung über die Josef-Huber-Gasse zur Alte-Poststraße. ÖVP und FPÖ wollen die geplante Unterführung bereits demnächst umsetzen. „Wenn das passiert bevor der öffentliche Verkehr entsprechend ausgebaut ist, ist das Wahnsinn, denn dann drohen die Bewohner am und rund um den Griesplatz



im zusätzlichen Autoverkehr zu ersticken“, warnt KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber** vor den drastischen Folgen für die Bevölkerung im Bezirk Gries. In seinem Antrag forderte Eber daher, dass der geplante Ausbau von Straßenbahn und Bus in den Grazer Westen noch VOR der Straßenunterführung Josef-Huber-Gasse erfolgt. Die schwarz-blaue Rathauskoalition schmetterte den KPÖ-Antrag jedoch ab.

Kein Anspruch auf SozialCard

Die SozialCard der Stadt Graz unterstützt Personen mit geringem Einkommen mit Ermäßigungen und Beihilfen. Wer aufgrund der Arbeitsmarktsituation eine berufliche Umschulung machen muss, hat aber keinen Anspruch auf Ausstellung einer SozialCard, selbst wenn alle



anderen Kriterien erfüllt sind, wie im Falle einer Alleinerzieherin, die sich an die KPÖ gewandt hatte. „Die Bestimmung ist ungerecht“, kritisierte KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer** und bat Sozialstadtrat Hohensinner, eine Erweiterung der Kriterien für den Bezug der Sozialcard zu prüfen.

Teure PR für saubere Stadt

Rund 100.000 Euro wurden seit der von ÖVP und FPÖ im Frühsommer medienwirksam präsentierten Sauberkeitsoffensive allein für PR-Maßnahmen, ausgegeben. Das erfuhr KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther** auf ihre Frage nach der Aufgabenverteilung für diese Of-



fensive. „Für das Geld, das Schwarz-Blau in Sachen Eigenlob ausgegeben haben, hätte man im selben Zeitraum zwei Vollzeit- und einen Halbzeitbeschäftigten für mehr Sauberkeit auf Grazer Straßen und in Grazer Parks anstellen können“, gab die Gemeinderätin zu bedenken.

Park am Reinbacherweg



Am Reinbacherweg in Gösting ist die Umweltbelastung enorm, Grünflächen fehlen. KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** regte an, dass die Stadt Graz einen nicht genutzten Grünbereich der ÖBB pachten oder kaufen soll. „Ein Park für die Bewohner der Gegend würde die Lebensqualität im Bezirk verbessern.“

Weitere Initiativen der KPÖ im GRAZER Gemeinderat (14.12.2017)

- ⇒ Mehr Bauernmärkte – Gemeinderätin Braunersreuther
- ⇒ Graz-Führungen in slowenischer Sprache – Gemeinderätin Braunersreuther
- ⇒ Winternotschlafplätze für Graz – Gemeinderätin Taberhofer

Lärmschutzmaßnahmen Steinbergstraße

„Seit Eröffnung der Baurestmassendeponie in Thal ist die Lärm-, Staub-, und Verkehrsbelastung durch Schwerverkraftwagen entlang der Steinbergstraße extrem gestiegen“, berichtet KPÖ-Gemeinderat **Christian Si-**

kora. Er forderte Bürgermeister Nagl auf, eine Petition an das zuständige Land Steiermark zu richten, damit Lärmschutzmaßnahmen, z.B. Flüsterasphalt oder Lärmschutzwände, in die Wege geleitet werden.

Ordnungswache als Vogeljäger?

Die Ordnungswache wurde beauftragt, die Krähen in Graz mit Hilfe von Laserpointern von ihren Nistplätzen zu vertreiben. KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger** sieht ein Problem für die dort ebenfalls nistenden Dohlen, einer gefährdeten Art, und ersuchte



Bgm. Stv. Eustacchio, erst zu prüfen, ob die bereits bestellten Abdeckungen für Mistkübel die Krähenplage eindämmen bzw. andere Schritte zu setzen. „Die Ordnungswache hat ohnehin bereits genug andere Aufgaben zu erfüllen“, so Luttenberger.

12 Stunden, seid's deppert?



So – oder ähnlich salopp formuliert – reagieren, sichtlich geschockt, Beschäftigte in meinem Bekanntenkreis auf die erklärte Absicht von Schwarz-Blau.

12 Stunden pro Tag, bis zu 60 Stunden pro Woche Arbeitszeit und die Verkürzung der Ruhezeit im Tourismus auf acht – statt bisher 11 – Stunden, das bedeutet nicht nur einen Angriff auf die Gesundheit der Bevölkerung, sondern es verstößt auch gegen jede Vernunft. Will man nämlich Arbeitsplätze schaffen, muss man logischerweise die Arbeitszeit verkürzen, nicht verlängern.

„Flexible Arbeitszeit“, das heißt außerdem, dass man den Unternehmern die Bezahlung von Überstunden und -zuschlägen ersparen will, während den Lohnabhängigen ungeniert ins Börserl gegriffen wird.

Das Argument, nur durch diese Maßnahme konkurrenzfähig zu bleiben, wurde übrigens schon vor hundert Jahren verwendet, nämlich als es um die Frage ging, ob Kinderarbeit in Österreich verboten werden sollte oder nicht!

Ihr Horst Alic

KPÖ-Gemeinderat und stellvertretender Bundesvorsitzender des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB).